



Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
3.700 - Entsorgungsbetriebe Lübeck

Bearbeitung: Jan-Dirk Verwey (E-Mail: jan-dirk.verwey@ebhl.de Telefon: 70760-100)

Wirtschaftsplan der EBL 2017

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.11.2016	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
17.11.2016	Werkausschuss EBL	Öffentlich	zur Vorberatung
22.11.2016	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.11.2016	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Für den Wirtschaftsplan 2017 der Entsorgungsbetriebe Lübeck werden festgesetzt:
 - 1.1 in der Erfolgsübersicht die Erträge auf 95.202.180 EUR
die Aufwendungen auf 84.842.568 EUR
das Jahresergebnis auf 10.359.612 EUR
 - 1.2 im Vermögensplan die Einnahmen auf 50.528.000 EUR
die Ausgaben auf 50.528.000 EUR
 - 1.3 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 21.224.965 EUR
 - 1.4 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 9.900.000 EUR
 - 1.5 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 10.000.000 EUR
2. Die Stellenübersicht wird als Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2017 festgestellt. Sie ist dieser Vorlage in zusammengefasster Form beigelegt.
3. Der Wirtschaftsplan und seine Bestandteile werden zur Kenntnis genommen:
 - Vorbericht
 - Erfolgsplan
 - Erfolgsübersicht
 - Vermögensplan
 - Finanzplan
 - Investitionsplan

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:

Ergebnis:

1.201 Haushalt und Steuerung

1.203 Beteiligungscontrolling

3.030 Fachbereichscontrolling

1.160 Frauenbüro

Kenntnisnahme

Kenntnisnahme, Anregungen eingearbeitet.

Kenntnisnahme, Anregungen eingearbeitet.

Frauenförderplan EBL als Anlage 2 beigefügt

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:☐
☒

Ja

Nein, weil deren Belange nicht betroffen sind

Begründung:

Die Maßnahme ist:

☐
☐
☒

neu

freiwillig

vorgeschrieben durch: GO, EigVo

Finanzielle Auswirkungen:

☐
☒

Nein

Ja (s. Anlage 5 des Wirtschaftsplans)

Begründung:

Der Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2017 (Anlage 1) enthält eine ausführliche Begründung

Anlagen:

1. Wirtschaftsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Geschäftsjahr 2017
2. Bericht zum Frauenförderplan

Senator Ludger Hinsen

Wirtschaftsplan 2017

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Allgemeines	1-4
B. Vorbericht zum Erfolgsplan	5
1. Erfolgsplan der EBL	5-7
2. Betriebszweig der Abwasserbeseitigung	8-9
3. Betriebszweig Abfallwirtschaft	10-13
4. Betriebszweig Straßenreinigung/Winterdienst	14-16
5. Betriebszweig Bedürfnisanstalten	17
6. Betriebszweig Werkstatt	18-19
C. Vorbericht zum Vermögensplan	20
D. Vorbericht zum Investitionsplan	21
E. Vorbericht zur Stellenübersicht	22-25

Anlagen:

Anlage 1: Erfolgsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck

Anlage 2: Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen

Anlage 3: Vermögensplan

Anlage 4: Finanzplan für die Wirtschaftsjahre 2017 bis 2021

Anlage 5: Finanzielle Auswirkungen für den Haushalt der HL

Anlage 6: Investitionsplan

Anlage 7: Stellenplan nach Eingruppierung

Anlage 8: Stellenplan nach Bereichen

Anlage 9: Aufbau des Wirtschaftsplans

A. ALLGEMEINES

1. Rechtliche Rahmenbedingungen

1.1. Rechtliche Verhältnisse der Entsorgungsbetriebe Lübeck

Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) sind ein nicht wirtschaftliches Unternehmen i.S.d. § 101 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) und damit eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung. Gemäß dem Wahlrecht in § 101 Abs. 4 GO führt die Hansestadt Lübeck die EBL nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO).

1.2. Gesetzliche Inhalte des Wirtschaftsplans

Gemäß § 12 EigVO haben die EBL vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus

- dem Erfolgsplan,
- dem Vermögensplan,
- der Stellenübersicht,
- einer Zusammenstellung der nach den §§ 95f und 95g der GO genehmigungspflichtigen Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen.

Gemäß § 12 Abs. 2 EigVO sind dem Wirtschaftsplan folgende Anlagen beizufügen:

- ein Vorbericht, der den Wirtschaftsplan insgesamt erläutert,
- eine Erfolgsübersicht bei Betrieben mit mehr als einem Betriebszweig,
- ein fünfjähriger Finanzplan,
- eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben.

Die wesentlichen Inhalte der o.g. Bestandteile des Wirtschaftsplans sind in den §§ 13 bis 16 EigVO ergänzend erläutert.

Der gesetzliche Aufbau der Bestandteile des Wirtschaftsplans ist in Anlage 9 dargestellt.

2. Wirtschaftliche Grundlagen der EBL

2.1. Gliederung der EBL

Aufgabe der EBL ist die Gewährleistung einer sicheren, umwelt- und sozialverträglichen, ressourcenschonenden, risikoarmen und gesamtwirtschaftlich kostengünstigen Entsorgung von Abwasser und Abfall im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck sowie die Reinigung öffentlicher Straßen und Plätze.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben und zur Steuerung des Unternehmens sind nachfolgende Betriebszweige vorhanden, die entsprechend einer separaten Planung unterzogen worden sind:

- Zentralbereich
- Bedürfnisanstalten

Sparte Stadtentwässerung

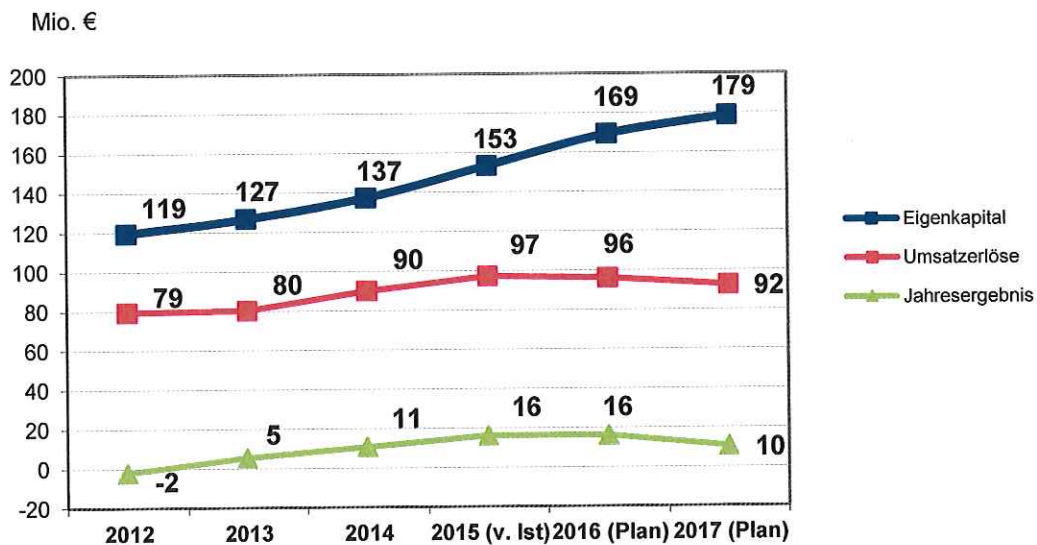
- Abwasserbeseitigung

Sparte Stadtreinigung

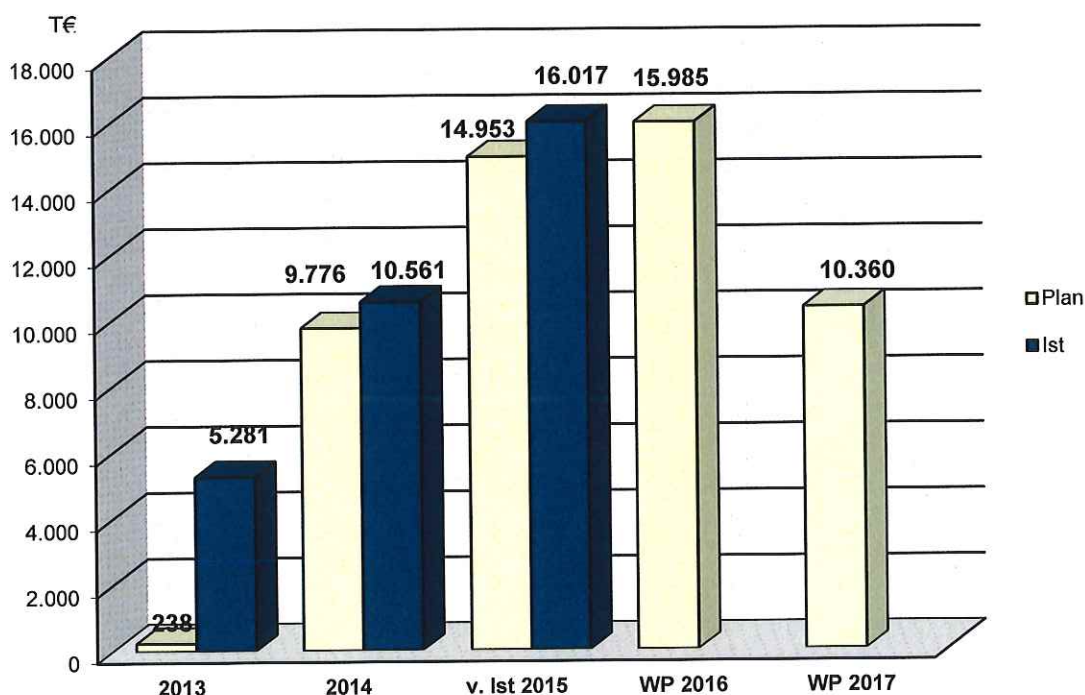
- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung/Winterdienst
- Werkstatt.

2.2. Mehrjahresvergleich

Die wirtschaftliche Entwicklung der EBL im Zeitablauf zeigt nachfolgende Übersicht:



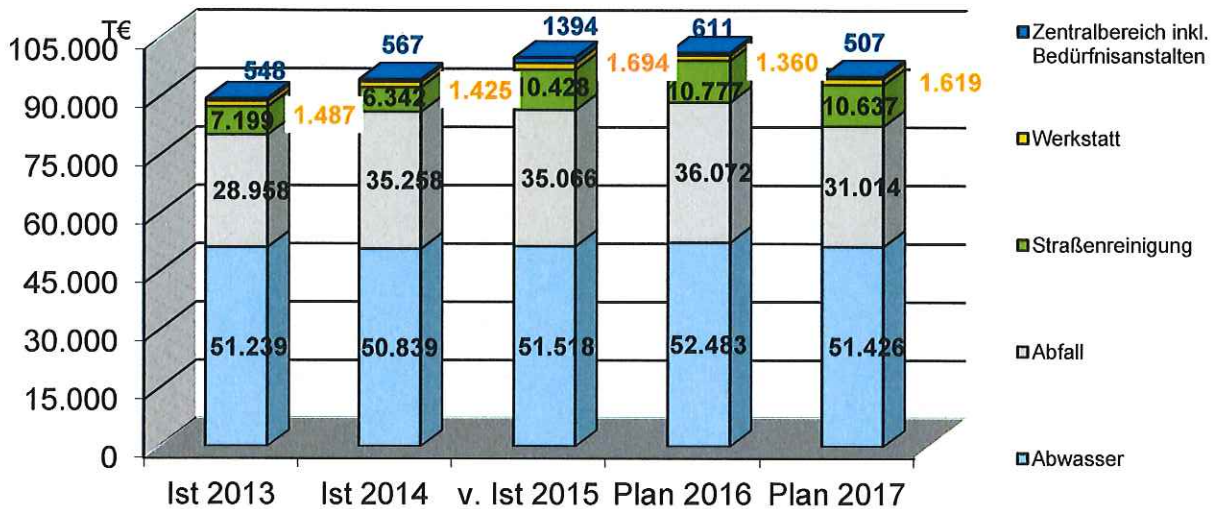
In der folgenden Grafik werden die Planergebnisse der Jahre 2016 bis 2017 sowie das vorläufige Ist-Ergebnis (v. Ist) 2015 und die Ist-Ergebnisse 2013 und 2014 dargestellt:



Der geplante Jahresüberschuss für das Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von TEUR 10.360 ist zur Einstellung in die Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen vorgesehen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Aufteilung der sog. Betriebserträge (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen, sonstige betriebliche Erträge) nach Betriebszweigen für die Jahre 2013 und 2014 gemäß Jahresabschluss sowie auf Basis des v. Ist 2015 und der Wirtschaftspläne für 2016 und 2017.

Eine weitergehende Darstellung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten der einzelnen Betriebszweige erfolgt in Abschnitt B.



3. Planungssystematik

Mit Ausnahme der zentral geplanten Umsatzerlöse, der Personalkosten, der Abschreibungen und Zinsen wurden die voraussichtlichen Primärkosten von den jeweils Verantwortlichen auf Ebene der Kostenstellen angesetzt. Soweit dies möglich war, erfolgte die Kostenschätzung auf der Basis von Mengenansätzen und Einzelpreisen. Für die Planungsansätze standen die vorläufigen Zahlen des Jahres 2015 und der ersten sechs Monate 2016 als Vergleichswerte zur Verfügung. Die Sachbearbeiter/innen hatten dadurch die Möglichkeit, einzelne Buchungssätze bis auf die Belegebene einzusehen und den Planansatz 2017 entsprechend zu bilden sowie Abweichungen in der Planung zu begründen. Insgesamt wurden über dreihundert Kostenstellen und Kostenträger in der Planung berücksichtigt. Die Verteilung der Kostenstellen auf die Kostenträger erfolgte dabei auf der Basis einer Leistungsverrechnung der Kostenstellen untereinander und zu den jeweiligen Kostenträgern. Dies eröffnet die Möglichkeit, etwaige Planabweichungen zu analysieren.

B. VORBERICHT ZUM ERFOLGSPLAN

In der Anlage 1 ist der Erfolgsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Wirtschaftsjahr 2017 dargestellt.

1. Erfolgsplan der EBL

1.1. Erfolgsplan im Zeitvergleich

Die Ertragslage der EBL für die Jahre 2015 bis 2017 ergibt folgendes Bild:

	v. Ist 2015 TEUR	Plan 2016 TEUR	Plan 2017 TEUR
Umsatzerlöse	97.158	96.034	92.467
Sonstige betriebliche Erträge	2.944	5.268	2.735
Betriebserträge	100.102	101.302	95.202
Materialaufwand	16.983	18.309	18.886
Personalaufwand	29.502	31.477	31.972
Abschreibungen	18.626	19.556	18.443
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.599	7.807	8.329
Betriebliche Aufwendungen	75.710	77.149	77.630
Betriebsergebnis	24.392	24.153	17.572
Finanzergebnis	-5.323	-8.100	-7.100
sonstige Steuern	126	68	112
Außerordentliches Ergebnis	-2.926	0	0
Jahresergebnis	16.017	15.985	10.360

Das positive Ergebnis im WP 2017 wird in den Betriebszweigen Abwasserbeseitigung, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung/Winterdienst erzielt. Der Überschuss im Betriebszweig Abwasserbeseitigung entsteht im Wesentlichen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den niedrigeren Abschreibungen nach HGB (Basis: Anschaffungs- und Herstellkosten) und den höheren Abschreibungen in der Gebührenkalkulation nach dem KAG (Basis: Wiederbeschaffungszeitwerte). Weiteres dazu wird im Abschnitt 2.1 ausgeführt. Der positive Ergebniseffekt resultiert in der Straßenreinigung/Winterdienst aus umgesetzten Gebührenerhöhungen zum 01.01.2015 für den Kalkulationszyklus 2015 bis 2017. Das Ergebnis in der Abfallwirtschaft bewegt sich im Vergleich zu den Vorjahren sehr wahrscheinlich nach unten, nachdem die Verlustvorträge der Vorjahre in dem abgeschlossenen Kalkulationszeitraum 2014 bis 2016 aufgeholt worden sind. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Überschüsse der EBL nach HGB in die Rücklage aus kalkulatorischen Einnahmen (Betriebszweig Abwasser) einzustellen sind, bis diese vollständig bedient ist. Die

Unterdeckung zum 31.12.2015 liegt nach dem vorläufigen Ist bei EUR 22,3 Mio. Die Rückstellungen für Gebührenausschleich sind in dem HGB Ergebnis bereits verarbeitet.

1.2. Wesentliche Planannahmen

Im Folgenden werden zunächst die Planungsprämissen dargestellt, die spartenübergreifend ihre Gültigkeit besitzen.

- Betriebserträge

Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Gebühreneinnahmen. Für das Planungsjahr 2017 wurden in allen Betriebszweigen, mit Ausnahme der Abfallwirtschaft, gleichbleibende Gebührensätze unterstellt.

Für die dem Sondervermögen Entsorgungsbetriebe Lübeck zugeordnete Beteiligung Entsorgungszentrum Lübeck GmbH (EZL) wird ein eigenständiger Wirtschaftsplan 2017 erstellt. Für das Jahr 2017 wird mit einem positiven Beteiligungsergebnis aus dem Geschäftsjahr 2016 der EZL gerechnet. Aufgrund der stabilen Ergebnissituation wird auch für das Planungsjahr 2017 ein positives Beteiligungsergebnis erwartet. Seit dem Geschäftsjahr 2013 wird das Ergebnis der Gesellschaft anteilig an die EBL ausgeschüttet.

- Materialaufwand

Der Materialaufwand der EBL umfasst neben den Kosten für Hilfs- und Betriebsstoffe, Energie, Fremdentorgungsleistungen auch den Instandhaltungsaufwand für die Betriebsanlagen.

- Personalaufwand

Grundlage der Planung des Personalaufwands war eine Hochrechnung der Personalkosten 2016 (einschl. Sonderzahlungen) auf der Basis der aufgelaufenen Ist-Aufwendungen bis Planungsbeginn, unter Einbeziehung der Entwicklung des Personalbestands in 2017. In den Anlagen 7 und 8 ist die Entwicklung der Planstellen ausgewiesen. Berücksichtigt wurde bei der Planung die aus dem Tarifabschluss bekannte durchschnittliche Steigerung der Personalkosten von 2,35 % gegenüber dem Plan 2016, die auf Mitarbeiterebene geplant worden ist. Dies und die für 2017 zusätzlich geplanten Besetzungen neuer Stellen sind neben einer Reihe von Höhergruppierungen, insbesondere aus den unteren Lohngruppen, die wesentliche Ursache für den Anstieg beim Personalaufwand. Zur weiteren ausführlichen Erläuterung der erforderlichen neuen Stellen wird auf den Vorbericht zur Stellenübersicht verwiesen.

- Zinsaufwand

Auf Basis der bestehenden Kreditverträge wurden die Zinsbelastungen in 2017 ermittelt. Die in den Jahren 2014 und 2015 aufgenommenen langfristigen Kredite (Laufzeit > 5 Jahre) werden mit durchschnittlich 2,65 % verzinst. Zusätzlich stand in 2016 ein variabler Kreditrahmen zur Verfügung, der mit einem durchschnittlichen Zinssatz von < 1,0 % in Anspruch genommen wurde. Für das Jahr 2017 wurde das unveränderte Zinsniveau des Vorjahres angenommen.

- Abschreibungen

Die Planung der Abschreibungen für das Wirtschaftsjahr 2017 erfolgte durch Fortschreibung des planmäßigen Werteverzehrs des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2015. Die aus den übrigen geplanten Zugängen in den Wirtschaftsjahren 2016 und 2017 resultierenden Abschreibungen wurden unter Berücksichtigung der entsprechenden Investitionspläne und der Anwendung eines durchschnittlichen Abschreibungssatzes ermittelt.

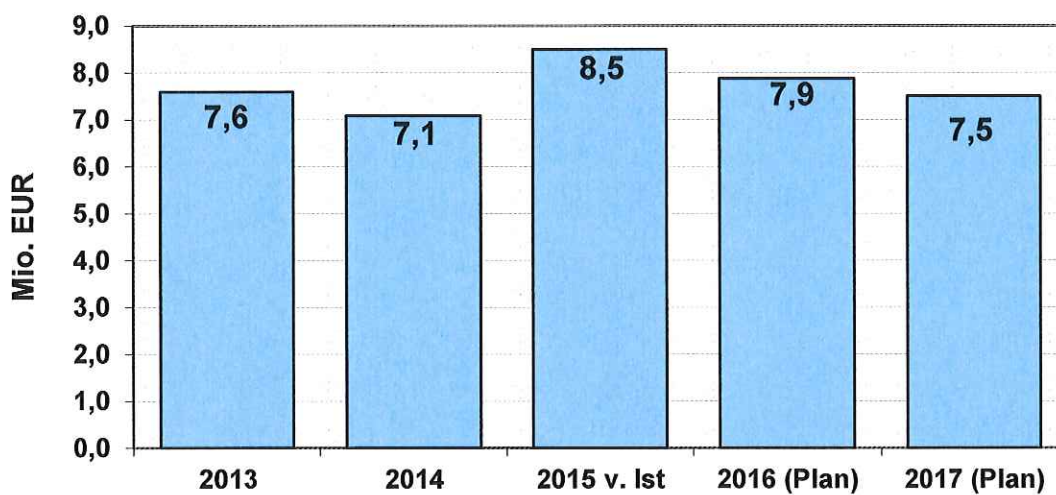
2. Betriebszweig Abwasserbeseitigung

2.1. Ergebnissituation

Der Gebührenkalkulation für die Abwasserbeseitigung liegt ein 1-jähriger Kalkulationszyklus zu Grunde.

Anlage 2 stellt die Plan-Erfolgsübersicht der EBL je Unternehmensbereich für das Jahr 2017 dar.

Das Teilergebnis Abwasserbeseitigung hat sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:



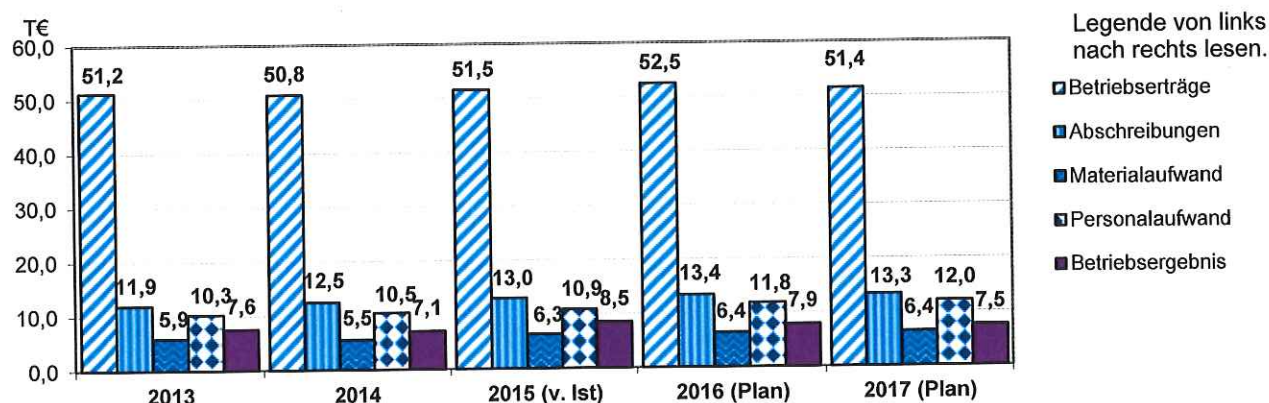
Das Ergebnis GJ 2013 wurde durch die aufwandsrelevante Rückstellung für Gebührenaussgleich in Höhe von EUR 6,3 Mio. maßgeblich beeinflusst. Das Ergebnis für 2017 ermittelt sich aus Gebühreneinnahmen, die neben der Deckung der operativen Kosten, wie Personal etc., der Abdeckung der kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen in der Gebührenkalkulation dienen und die über den handelsrechtlichen Ansatz hinausgehen. In die Gebührenermittlung nach KAG fließen die Abschreibungen des Anlagevermögens auf Basis der Wiederbeschaffungswerte ein. Nach dem HGB wird die Abschreibung auf der Basis der Restbuchwerte ermittelt. Der Unterschiedsbetrag liegt bei rund TEUR 8.500.

Das Planergebnis in Höhe von EUR 7,5 Mio. erreicht nicht in voller Höhe den AfA Differenzbetrag, weil nicht gebührenfähige Aufwendungen von ca. EUR 1,0 Mio. im HGB Ergebnis enthalten sind, die sich auf das Ergebnis Abwasser auswirken. Diese nicht gebührenfähigen Aufwendungen sind zu einem großen Teil systembedingt und damit nicht beeinflussbar. Die EBL sind bestrebt, diese Belastungen, soweit möglich, kontinuierlich weiter zu reduzieren und mittelfristig durch Ergebnisbeiträge aus Geschäftsaktivitäten außerhalb der Gebührenbereiche zu kompensieren.

Mit den Ansätzen des Wirtschaftsplans 2017 wurde eine Gebührenvorkalkulation erstellt. Danach bleiben die Gebühren für 2017 auf dem Niveau des Jahres 2016. Ohne Berücksichtigung der Umstellung der Gebührensystematik (Niederschlagswassergebühr) erfolgte die letzte Gebührenerhöhung in Lübeck zum 1. April 2005. Eine Gebührensenkung wurde im Jahre 2008 und nochmals im Jahre 2013 umgesetzt.

In 2016 wurden die Grundlagen für das Kanalsanierungskonzept gelegt, welches in die Planung der Gebührenentwicklung für die Folgejahre einfließen wird.

Wesentliche Ertrags- und Aufwandskomponenten im Zeitablauf zeigt die folgende Übersicht:



2.2. Wesentliche Planannahmen

• Betriebserträge

Die Betriebserträge liegen seit 2013 bei durchschnittlich ca. EUR 51,5 Mio. p. a. Die Planwerte des Jahres 2016 sind nach Verlauf des ersten Halbjahres weiterhin erreichbar. Die Betriebserträge werden in 2017 in etwa auf dem Niveau des Jahres 2016 geplant. Innerhalb der Betriebserträge von insgesamt EUR 51,4 Mio. werden neben den Gebühreneinnahmen die Erträge aus der Baulasträgerpauschale (EUR 7,0 Mio.), die planmäßige Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse (EUR 1,6 Mio.), die Auflösung der Gebührrückstellung (EUR 2,0 Mio.) sowie die aktivierten Eigenleistungen (EUR 0,5 Mio.) ausgewiesen.

• Materialaufwand

Der Materialaufwand in Höhe von rd. EUR 6,4 Mio. liegt auf dem Niveau der Planung für das Jahr 2016 und berücksichtigt u. a. die Kosten für Energie, Klärschlamm Entsorgung, Reparaturen und Betriebsstoffe.

• Personalaufwand

Die Erhöhung der Personalkosten von rd. EUR 11,8 Mio. auf EUR 12,0 Mio. beinhaltet die allgemeinen Tarifsteigerungen, den aktuellen Personalbestand sowie planmäßige Veränderungen in 2017. Im Übrigen wird auf den Vorbericht zum Stellenplan verwiesen.

• Abschreibungen und Investitionen

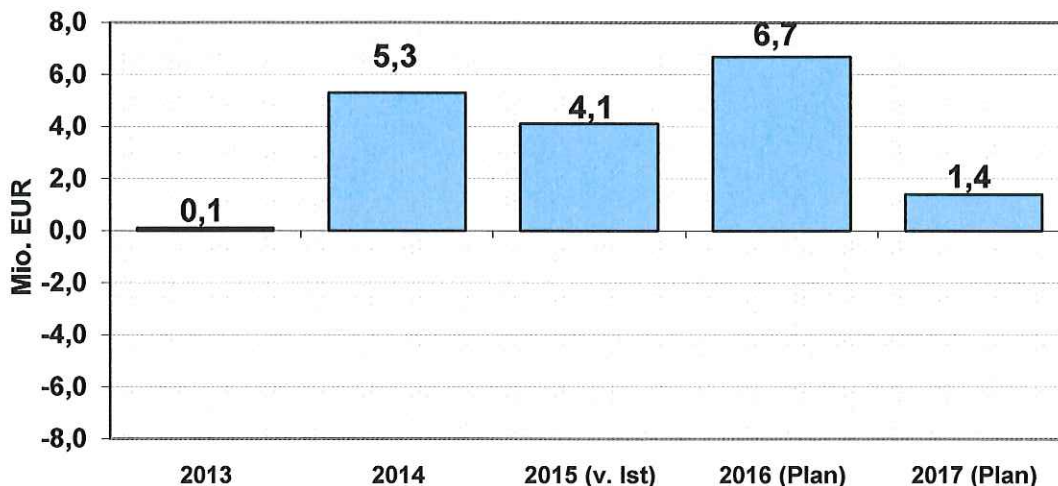
Gemäß Investitionsplan 2017 sind für den Betriebszweig Abwasserbeseitigung Investitionen in Höhe von rd. EUR 19,8 Mio. vorgesehen. Für die weiteren Einzelheiten wird auf Anlage 6 verwiesen. Im Vergleich dazu liegen die geplanten Abschreibungen bei EUR 13,3 Mio.

3. Betriebszweig Abfallwirtschaft

Der neue 3 jährige Kalkulationszyklus läuft vom GJ 2017 bis GJ 2019.

3.1. Ergebnissituation

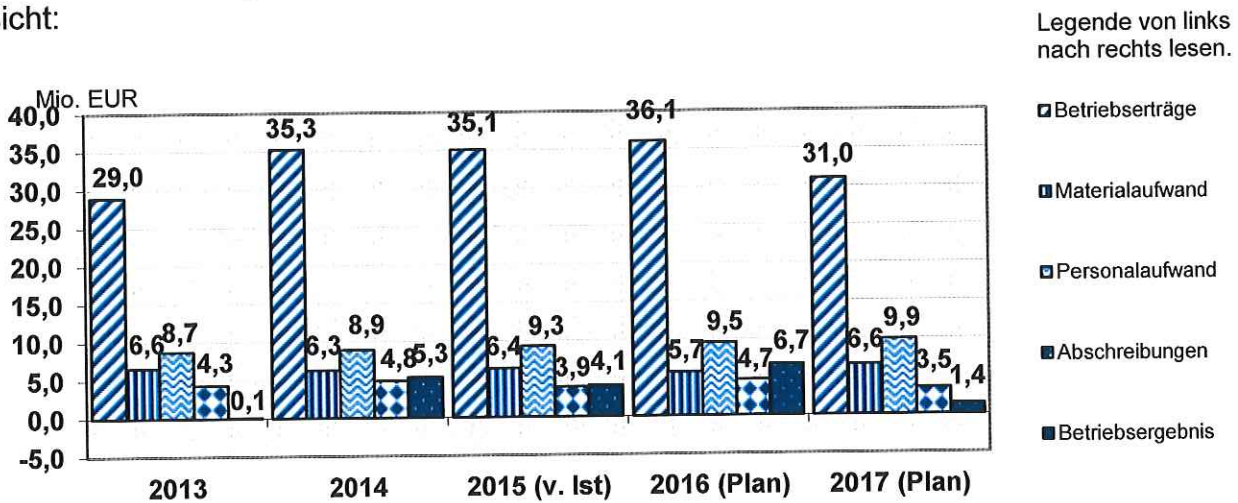
Das Teilergebnis Abfallwirtschaft hat sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:



Das Jahr 2013 schließt auf Planniveau ab und enthält eine aufwandsrelevante Rückstellung für Gebührenausschlag in Höhe von EUR 1,4 Mio. Die realisierte Ergebnissteigerung in 2014 gegenüber 2013 resultiert im Wesentlichen aus der zum 01.04.2014 umgesetzten Gebührenerhöhung von EUR 5,0 Mio. p. a. und höheren Erträgen aus der Deponierung von Drittmengen. Im Ergebnis 2014 ist bereits eine aufwandsrelevante Rückstellung für Gebührenausschlag in Höhe von EUR 1,3 Mio. berücksichtigt. In 2015 gab es einen Sondereffekt in Form eines periodenfremden Aufwands durch die Einstellung von EUR 2,8 Mio. in die Deponierückstellung. In 2016 werden aufgrund höherer Erlöse u. a. aus der Deponierung von Drittmengen entsprechende Ergebnissteigerungen erwartet. Die Überschüsse dienen zum Ausgleich von Unterdeckungen aus vorangegangenen Perioden. Darüber hinaus liegende Überschüsse sind in die Rückstellung für Gebührenausschlag einzustellen.

Aufgrund des neuen Kalkulationszeitraumes und der Tatsache, dass die Unterdeckungen aus der Vergangenheit inzwischen ausgeglichen sind, ist in der Planung eine Gebührensenkung in Höhe von EUR 4,0 Mio. bereits berücksichtigt worden. Die genaue Höhe der zukünftigen Gebühr wird aktuell kalkuliert, daher ist der Planansatz der Betriebserträge vorläufig vorgenommen worden.

Wesentliche Ertrags- und Aufwandskomponenten im Zeitablauf zeigt die folgende Übersicht:



3.2. Wesentliche Planannahmen

- Betriebserträge

Die Umsatzerlösplanung für das Wirtschaftsjahr 2017 basiert im Bereich der Gebühren auf der voraussichtlichen Gebührenabsenkung von ca. 4 Mio. Euro p. a. für den Kalkulationszyklus im Zeitraum 2017-2019.

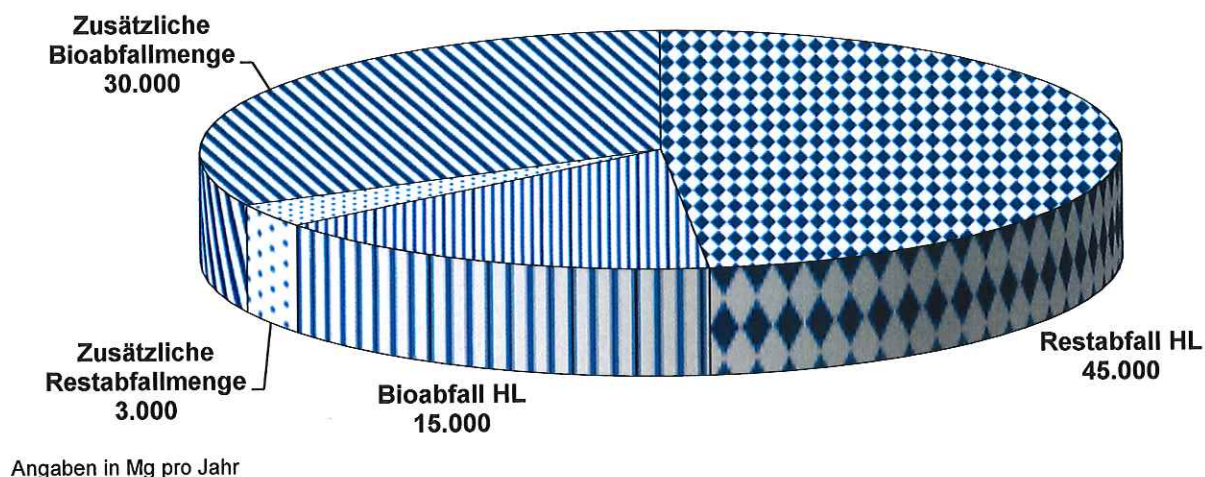
Zusätzlich werden innerhalb der Betriebserträge im Wesentlichen Erlöse aus der Verwertung von Papier, Pappe, Kartonagen, dem Strom- und Wärmeverkauf sowie Entgelten aus sonstigen Drittmengen der MBA (EUR 1,8 Mio.) ausgewiesen. In der Planung sind Betriebserträge in Höhe von ca. EUR 0,8 Mio. (Vorjahr EUR 1,0 Mio.) enthalten, die durch ca. 50.000 Mg (Vorjahr 50.000 Mg) an Ablagerungsmengen für die Deponie gewonnen werden sollen. Im Jahr 2017 werden die Erlöse für die Deponie auf dem Vorjahresniveau geplant, da das Preis-/Mengenverhältnis schwer vorhersehbar ist. Die geplanten Mengen entsprechen einer moderaten Verfüllung der Deponie auf Basis des aktuellen Deponiebewirtschaftungskonzepts, das mit dem Umweltministerium und der Genehmigungsbehörde abgestimmt wurde.

Der Umsatz- bzw. Kostenplanung liegt eine Gesamtbehandlungsmenge in der MBA in Höhe von 93.000 Mg in 2017 zu Grunde. Davon entfallen auf den Lübecker Hausmüll 45.000 Mg und 15.000 Mg auf den Bioabfall.

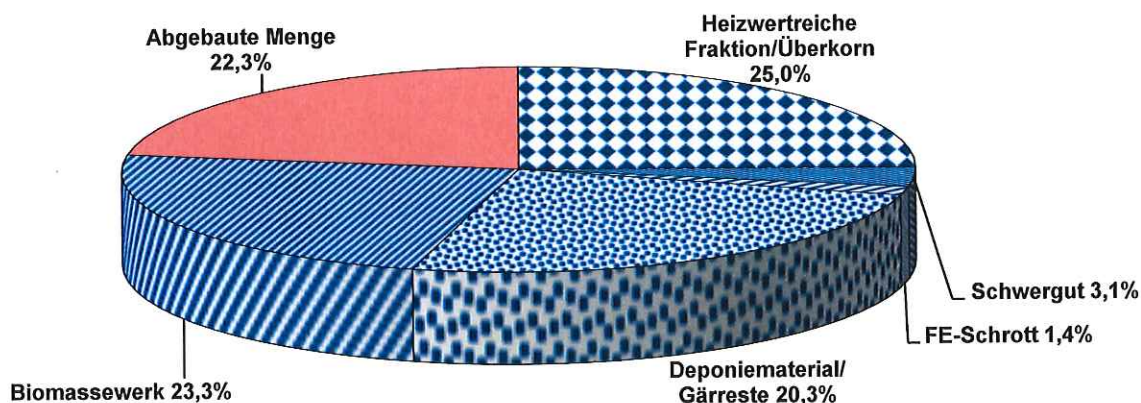
• Materialaufwand

Die Planung des Materialaufwands ohne interne Leistungen in Höhe von EUR 6,6 Mio. für das Jahr 2017 erfolgte u. a. in direkter Abhängigkeit von den erwarteten Behandlungsmengen der MBA.

Sie setzen sich wie folgt zusammen:



Die Outputmengen der MBA ergeben sich prozentual wie folgt:



Daraus resultieren Entsorgungskosten von rd. EUR 2,0 Mio. Weitere EUR 0,3 Mio. sind Entsorgungskosten der Wertstoffhöfe. Instandhaltungsaufwendungen sind im Betriebszweig Abfallwirtschaft mit EUR 1,5 Mio. eingeplant. Die übrigen Aufwendungen entfallen u. a. auf Energiekosten und Hilfs- und Betriebsstoffe. Intern wurden Reparaturleistungen der Werkstatt (EUR 2,1 Mio.) und Tank- und Waschkosten (EUR 0,6 Mio.) eingeplant.

- Personalaufwand

Die für 2017 veranschlagten Personalkosten von EUR 9,9 Mio. beinhalten die Tarifsteigerung sowie die ganzjährige Planung der Personalkosten für die im Laufe des Jahres 2016 unbefristet eingestellten Mitarbeiter. Die Planung 2017 setzt auf den Ist Zahlen 2015 und den Halbjahreszahlen 2016 auf.

- Abschreibungen und Investitionen

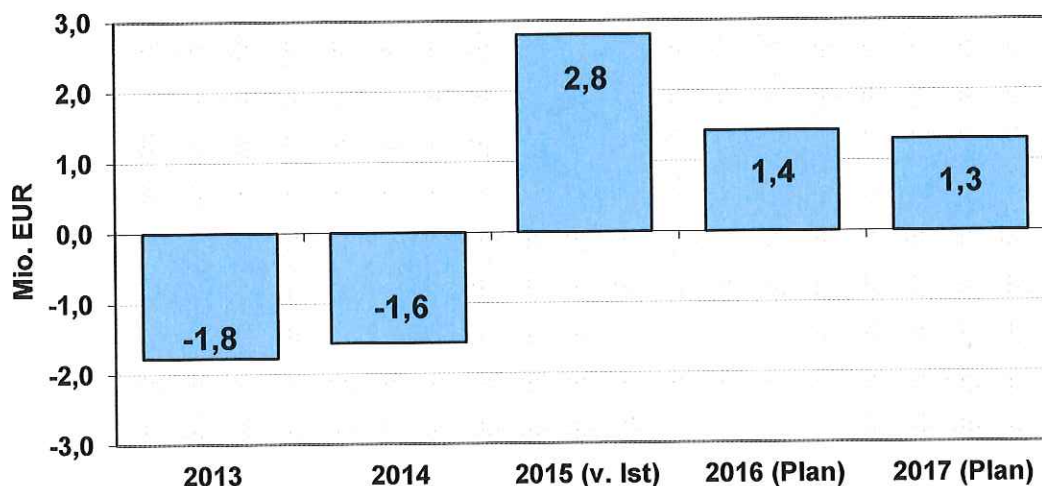
Gemäß Investitionsplan 2017 sind für den Betriebszweig Abfallwirtschaft Investitionen in Höhe von rd. EUR 10,2 Mio. vorgesehen. Größte Einzelmaßnahmen sind dabei die Optimierung der MBA im Bereich der biologischen und mechanischen Aufbereitung mit rund EUR 2,5 Mio. (Abluftanlage und Biofilter) und die Investitionen in die Wertstoffhöfe mit rund EUR 2,8 Mio. (siehe auch Anlage 6). Darunter befinden sich auch Investitionen für Fahrzeuge EUR 1,5 Mio., Biomassewerk mit EUR 1,3 Mio. und Umsetzung Verkehrskonzept EUR 1,0 Mio., Abschreibungen sind in der Höhe von EUR 3,5 Mio. geplant.

4. Betriebszweig Straßenreinigung/Winterdienst

Der aktuelle 3 jährige Kalkulationszyklus läuft vom GJ 2015 bis GJ 2017. Gemäß Beschluss der Bürgerschaft vom 27.11.2014 wurden die Gebühren zum 01.01.2015 entsprechend der Kostenentwicklung und der neuen und verursachungsgerechteren Gebührenstruktur angepasst.

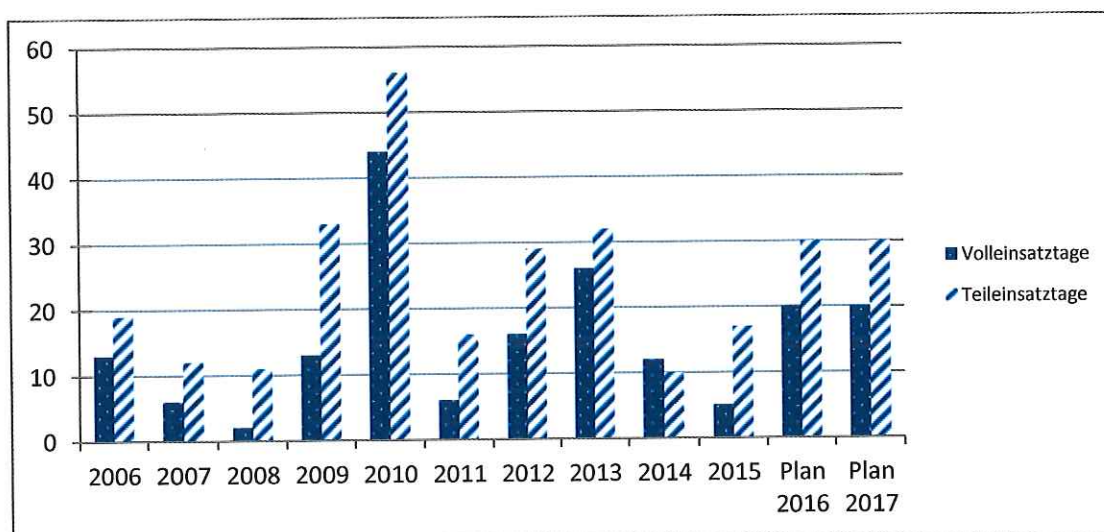
4.1. Ergebnissituation

Das Teilergebnis der Straßenreinigung/Winterdienst hat sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:



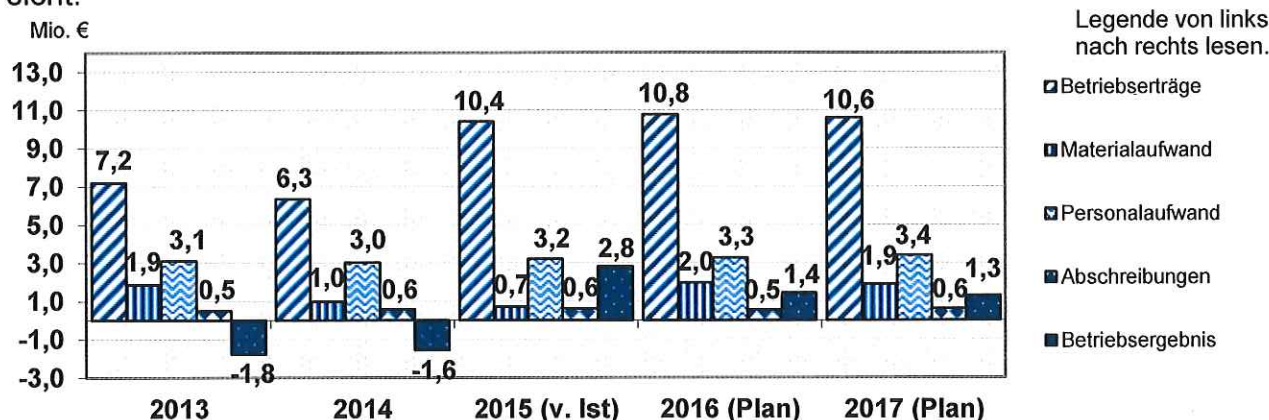
Der strenge Winter hat zu einem Verlust im Jahr 2013 geführt. Das Ergebnis liegt im Jahr 2015 über der Planung, da der Winter sehr viel moderater als geplant ausfiel. Infolge der durch die Gremien beschlossenen Gebührenerhöhungen ab 2015 sind die nachfolgenden Ergebnisse ab 2015 im vorläufigen Ist bzw. in der Planung positiv, um die aufgelaufenen Unterdeckungen von ca. EUR 1,0 Mio. aus der Vorperiode auszugleichen. Die Gebührenerhöhung hat insgesamt ein Volumen von rund EUR 4,0 Mio.

Die folgende Grafik zeigt den Verlauf der Winterdiensteinsätze 2006 bis 2017.



Für das Planungsjahr 2017 wurde basierend auf dem gleitenden Durchschnitt der vorliegenden Ist Werte der letzten fünf Jahre (2011-2015) als wesentliche Planungsgrundlage die Anzahl der rechnerischen Volleinsatztage mit insgesamt 20 und die Anzahl der rechnerischen Teileinsatztage mit insgesamt 30 angenommen.

Wesentliche Ertrags- und Aufwandskomponenten im Zeitablauf zeigt die folgende Übersicht:



4.2. Wesentliche Planannahmen

• Betriebserträge

Das Planungsjahr 2017 basiert im Wesentlichen auf der umgesetzten Gebührenerhöhung zum 01.01.2015 die für 2017 ein Gebührenvolumen von EUR 7,2 Mio. umfasst. Weitere EUR 1,3 Mio. entfallen auf die öffentliche Interessenquote und rund EUR 1,2 Mio. auf die nichtveranlagten städtischen Grundstücke.

Die geplanten Einnahmen aus Leistungen außerhalb der Satzung, die für die HL erbracht werden, liegen bei EUR 1,0 Mio. (Vorjahr EUR 1,2 Mio.). Die übrigen Erträge entfallen auf die gewerblichen Reinigungsleistungen.

• Materialaufwand

Der Materialaufwand der Straßenreinigung beinhaltet im Wesentlichen die Kosten für Streumittel (EUR 0,4 Mio.) und Fremdleistungen im Winterdienst (EUR 1,1 Mio.) sowie die Entsorgungskosten für Kehrgut und Abfall aus der Papierkorbentleerung (EUR 0,2 Mio.). Zusätzlich zu dem externen Materialaufwand in Höhe von EUR 1,9 Mio. entstehen intern weitere Positionen innerhalb des Materialaufwands. Dabei stellen die Instandhaltungskosten des Fuhrparks (EUR 1,1 Mio.) sowie die Kraftstoffkosten (EUR 0,2 Mio.) die wesentlichen Kostenpositionen dar.

• Personalaufwand

Die für 2017 geplanten Personalkosten liegen ca. 3,8% über dem Istwert des Jahres 2015 und geringfügig über dem Planniveau des Jahres 2016. Wegen der weitergehenden Erläuterung wird auf Abschnitt E verwiesen.

- Abschreibungen und Investitionen

Gemäß Investitionsplan 2016 sind im Bereich der Straßenreinigung Investitionen in Höhe von rd. TEUR 1.852 (Vorjahr TEUR 1.251) vorgesehen (siehe auch Anlage 6). Abschreibungen sind in der Höhe von TEUR 550 geplant.

- Prozessrisiko

Es gibt aus dem laufenden Gerichtsverfahren ein Prozessrisiko, zu dem es weder eine gesetzliche Regelung noch ein aktuelles Urteil für eine fundierte Prognose gibt. Selbst der Abschlussprüfer hat hier keine konkrete Aussage bekommen können.

5. Betriebszweig Bedürfnisanstalten

5.1. Ergebnissituation

Die EBL unterhalten im Auftrag der Hansestadt Lübeck verschiedene Bedürfnisanstalten. Die durch den Betrieb entstehenden Unterdeckungen werden durch die Hansestadt Lübeck erstattet.

5.2. Wesentliche Planannahmen

- **Betriebserträge**

Die Betriebserträge setzen sich im Wesentlichen aus dem Zuschuss der HL in Höhe von TEUR 364, TEUR 60 Erstattung Werbevertrag Ströer und den geplanten Einnahmen aus Benutzungsgebühren und Untervermietungen (BA Obertrave) von TEUR 22 zusammen.

- **Materialaufwand**

Der Materialaufwand in Höhe von TEUR 253 beinhaltet die Kosten für Reinigung, Reparaturen, Strom- und Wasserkosten sowie die Inanspruchnahme interner Dienstleistungen.

- **Personalaufwand**

Die Kosten der in diesem Bereich tätigen Mitarbeiter der EBL werden über die Umlage aus dem Zentralbereich berücksichtigt.

- **Abschreibungen und Investitionen**

Die Abschreibungen für das Anlagevermögen werden im Wirtschaftsplan 2017 mit TEUR 60 angesetzt. Die Abschreibungen beinhalten auch die Investition in eine neue Toilette an der Straßenecke An der Mauer/Krähenstraße.

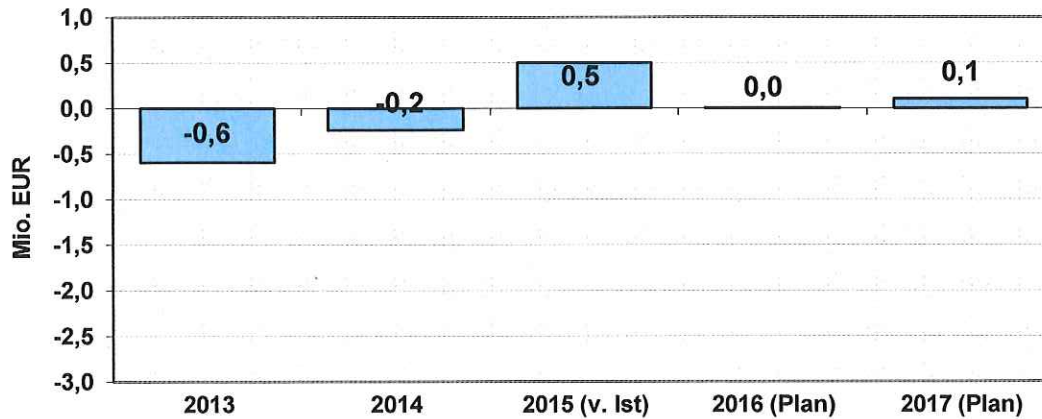
- **Sonstige betriebliche Aufwendungen**

In diesem Bereich werden ca. TEUR 43 für Betreiberentgelte für die „nette Toilette“ geplant.

6. Betriebszweig Werkstatt

6.1. Ergebnissituation

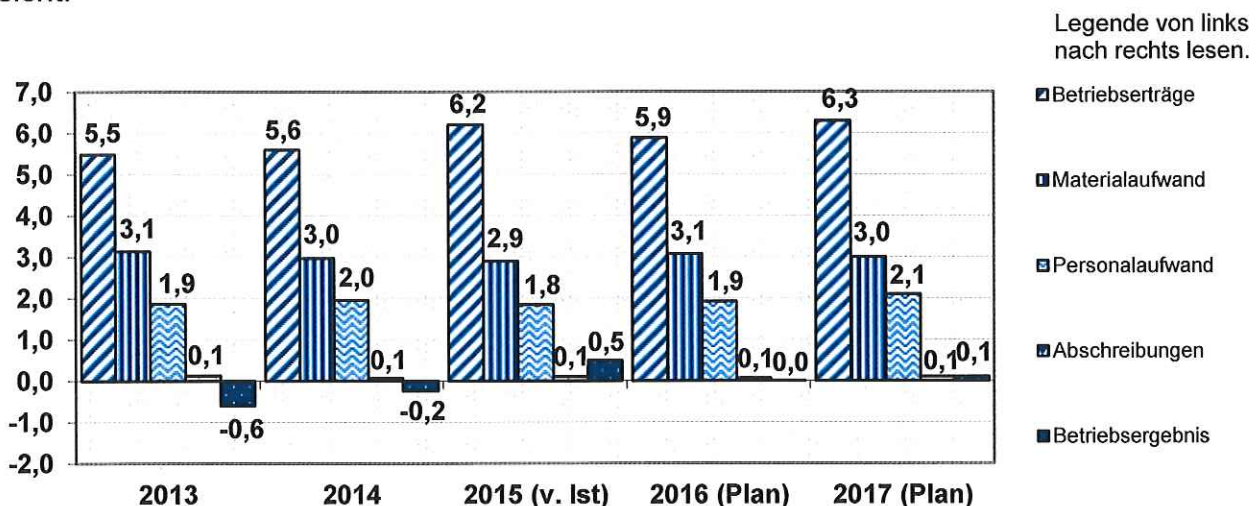
Das Teilergebnis der Werkstatt hat sich im Zeitablauf wie folgt entwickelt:



Die Umsetzung des Werkstattkonzeptes ist gelungen.

Das Ergebnis 2015 fällt besser aus als der Plan 2015 (EUR 0,0 Mio.). Die im Rahmen der Anpassung des Sanierungskonzeptes vorgenommenen Maßnahmen im Jahr 2013 wirken sich entsprechend positiv auf die Folgejahre aus. Daher wird für die Jahre 2016 und 2017 jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Das Sanierungsprogramm der Werkstatt endete 2015. Für das Jahr 2016 und Folgejahre wurde das Betriebskonzept weiterentwickelt. In den Folgejahren wird es daher gegebenenfalls nur noch zu einem Überschuss aus den Geschäften mit Dritten kommen, ansonsten wird ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Wesentliche Ertrags- und Aufwandskomponenten im Zeitablauf zeigt die folgende Übersicht:



6.2. Wesentliche Planannahmen

- Betriebserträge

Der größte Anteil entfällt auf den Reparaturaufwand der EBL-Fahrzeuge (EUR 3,6 Mio.) und auf die intern verrechnete Dienstleistung (EUR 1,1 Mio.) für Kraftstoffe, Lagerleistung und Fahrzeugwäsche. Von dem übrigen geplanten Umsatz entfallen EUR 1,3 Mio. auf Reparaturen und Kraftstofflieferungen für Fahrzeuge der HL und EUR 0,3 Mio. auf Drittrepaturen.

- Materialaufwand

Der Materialaufwand von EUR 3,0 Mio. enthält im Wesentlichen die Kosten für Ersatzteile (EUR 1,8 Mio.), Kraftstoffeinkauf (EUR 0,8 Mio.) und Fremdleistungen (EUR 0,3 Mio.)

- Personalaufwand

Die Planung für 2017 enthält Personalkosten in Höhe von EUR 2,1 Mio. und beinhaltet die Tarifsteigerung, den aktuellen Personalbestand sowie planmäßige Veränderungen in 2017.

- Abschreibungen und Investitionen

Den für 2016 geplanten Investitionen von TEUR 60 stehen Abschreibungen in Höhe von TEUR 92 gegenüber.

C. VORBERICHT ZUM VERMÖGENSPLAN

Der Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2017 wird in Anlage 3 dargestellt und hat insgesamt ein Volumen von EUR 50,5 Mio. und liegt damit aufgrund höherer Investitionen über dem Niveau des Vorjahres EUR 45,0 Mio.

- Einnahmen

Neben dem erwarteten Jahresgewinn von EUR 10,4 Mio. sind die Abschreibungen in Höhe von EUR 18,4 Mio. die wesentliche Quelle der erwirtschafteten Eigenmittel. Unter Berücksichtigung der Zuschüsse Dritter über insgesamt EUR 0,5 Mio. aus zu erwartenden Anschlussbeiträgen, ist eine Kreditaufnahme von EUR 21,2 Mio. zur Finanzierung der Ausgaben erforderlich.

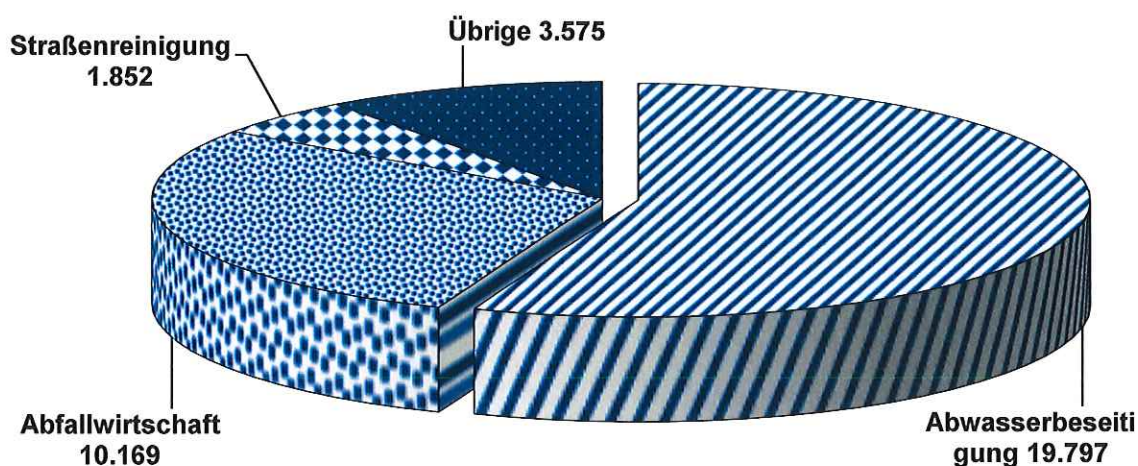
- Ausgaben

Die Ausgaben für Sachanlagen im Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe von EUR 35,4 Mio. entsprechen den geplanten Investitionen gemäß dem in Anlage 6 dargestellten Investitionsplan. Wie aus diesem zu entnehmen ist, erfolgen mit EUR 19,8 Mio. die wesentlichen Mittelabflüsse in der Abwasserbeseitigung.

Die Kredittilgungen sind den Zins- und Tilgungsplänen der Kreditinstitute entnommen. Aus dem Vermögensplan für das Jahr 2017 wurde ein Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2021 entwickelt (Anlage 4).

D. VORBERICHT ZUM INVESTITIONSPLAN

Die für das Wirtschaftsjahr 2017 geplanten Investitionen werden in der Anlage 6 dargestellt. Das Plan-Gesamtinvestitionsvolumen von EUR 35,4 Mio. verteilt sich auf die einzelnen Unternehmensbereiche (in TEUR) wie folgt:



Eine Rückschau der vergangenen Jahre zeigt, dass aus verschiedenen Gründen das geplante Investitionsvolumen in der Regel nicht ausgeschöpft werden konnte. Dies lag im Wesentlichen an fehlenden internen Ressourcen.

Die Anlage 6 zeigt auch die vorläufigen geplanten Investitionen für die Jahre 2017-2019 jedoch nur auf Basis konkreter Projekte und ist somit noch nicht vollständig.

Die im Investitionsplan nachrichtlich aufgeführten Planansätze im Bereich der Deponie sind in der Rückstellung für Deponienachsorge enthalten und haben deshalb keine Ergebniswirkung.

Die Rückstellung für Deponienachsorge wird in Abständen von zwei bis drei Jahren durch ein eigenständiges Gutachten ermittelt. Die letzte Aktualisierung des Gutachtens erfolgte im Jahr 2015. Zum 31.12.2015 (v. Ist) sind EUR 37,8 Mio. in der Rückstellung eingestellt. Die Rückstellung für Deponienachsorge enthält auch Sicherheitspositionen für erforderliche Sicherungs- oder Sanierungsmaßnahmen der Deponie.

E. VORBERICHT ZUR STELLENÜBERSICHT

Die EBL sind mit rund 575 (2016) Stellen ein nicht unbedeutender Arbeitgeber in der Hansestadt Lübeck. Dies gilt insbesondere auch für nach Tarifrecht einfache Tätigkeiten.

1. Eckpunkte des Stellenplans 2017

Die Aufteilung der 581 Stellen nach Betriebszweigen stellt sich im Wirtschaftsjahr 2017 wie folgt dar:



Im Vergleich zum Stellenplan 2016 ergibt sich die folgende Entwicklung der Stellen für Beschäftigte und Beamte:

	Plan 2016	Ist 2016	Plan 2017
Beschäftigte	558	552	564
Beamte	17	12	17
Summe	575	564	581

Der Stellenplan 2017 weist im Vergleich zum Stellenplan 2016 eine Erhöhung von sechs Stellen aus.

Eine Aufgliederung der Stellen des Stellenplans nach Entgeltgruppen, Beschäftigten, Beamten und Betriebszweigen findet sich in den Anlagen 7 und 8. Dargestellt sind dort je Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe die summarischen Veränderungen zwischen den drei Stichtagen (Stellenplan Vorjahr, 30. Juni 2016, Stellenplan Planjahr). Die Veränderungen je Gruppe können sich aus Neuschaffungen, Streichungen oder Neubewertungen ergeben. Auf die Stellenneuschaffungen wird hier im Einzelnen eingegangen.

2. Entwicklung des Stellenplans

Mit dem Stellenplan 2017 ist eine im Abschnitt 3 näher erläuterte Ausweitung vorgesehen. Dies führt zu einer Veränderung im Vergleich zum Vorjahr von 0,9 %.

Für jede neue oder auch eingesparte Stelle werden die Auswirkungen auf die Finanzierung des Personalaufwandes betrachtet. Dauerhafte neue Stellen werden insbesondere dann vorgeschlagen, wenn durch sie eine wirtschaftlich positive Wirkung auf das Unternehmen und seine Gebührenbereiche erwartet wird (z.B.: Mehrmengen MBA oder Deponie; Ersatz von externen Beauftragungen durch Eigenerbringung von Leistungen). Diese Stellen sind in diesem Sinne rentierbar. Führen Zuweisungen von neuen Tätigkeiten oder regulatorische Vorgaben (z.B.: Auflagen Wasserbehörde) zu einer zwingenden Aufgabenausweitung, so haben diese in der Regel eine unvermeidliche Gebührenwirkung. Der hier vorgeschlagene Stellenplan wurde an dem Gebührenbedarf für das Jahr 2017 gespiegelt. Danach sind die Gebührensätze der EBL auch mit dem veränderten Personaltabelleau auf dem derzeit kalkulierten Niveau in Summe auskömmlich. Eine Gebührenerhöhung für das Wirtschaftsjahr 2017 ist in keinem Wirtschaftszweig erforderlich und somit nicht eingeplant. Für die Einrichtung Abfallwirtschaft wird es zu deutlichen Gebührensenkungen kommen.

3. Schwerpunkte im Stellenplan

3.1. Vorbemerkung

Das Kanalnetz stellt den größten Vermögenswert der EBL dar. Es handelt sich dabei auch um das größte Infrastrukturvermögen der Hansestadt Lübeck. Im Vergleich dazu erreicht das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen nur ein Drittel des Wertes. Um den Wert dieses Vermögens langfristig zu erhalten, sind regelmäßige Instandsetzungen und Reparaturen erforderlich. Je nach Zustand sind Teilabschnitte neu zu errichten. Ohne eine kontinuierliche Wahrnehmung dieser Aufgaben wächst das Risiko einer Häufung von Schäden, die zu erheblichen Beeinträchtigungen für die Stadtinfrastruktur führen können. Die EBL haben hier einen Nachholbedarf in ihrem Netz erkannt und werden schrittweise Konzepte entwickeln und umsetzen, um die Substanzerhaltung bei einer möglichst stabilen Gebührenentwicklung zu realisieren. Im Jahr 2015 haben die EBL ein aktualisiertes Abwasserbeseitigungskonzept für die Hansestadt Lübeck zunächst der Bürgerschaft und dann abschließend der unteren Wasserbehörde zur Genehmigung vorgelegt. Die im Jahr 2016 erteilte Genehmigung der Wasserbehörde enthält konkrete zeitliche Auflagen, die dazu führen, dass einzelne Sanierungsmaßnahmen am Lübecker Kanalnetz mit einem forcierten Zeitplan erfolgen müssen. Dazu sind neben dem Tagesgeschäft qualifizierte personelle und organisatorische Ressourcen erforderlich, die schrittweise aufgebaut werden. Es ist dabei eine eng abgestimmte Verstärkung der betroffenen Abteilungen Planung, Entwurf, Kanalnetzbetrieb und Betriebswirtschaft vorgesehen.

Die EBL betreiben neben dem Kanalnetz eine umfassende technische Infrastruktur (Klärwerke (2), Pumpwerke (70), Deponie, Mechanisch-Biologische Abfallbehandlung, Biomassewerk, BHKWs, Sortieranlage, Fuhrpark, Hallen und Gebäude an ca. 15 Betriebsstandorten), die nach den einschlägigen Regelwerken zu erhalten und auszubauen ist. Der Wert dieses Infrastrukturvermögens entspricht dem sämtlicher Brücken und Tunnel in der Hansestadt Lübeck. Bisher erfolgt die Instandhaltung mit dezentralen Einheiten. Eine systematische und gesamthafte Instandhaltungsstrategie für alle technischen Gebäude der EBL konnte noch nicht eingerichtet werden.

Die EBL handeln in einem umfassend gesetzlich geregelten Rahmen. Die Tätigkeiten haben unmittelbare Auswirkungen auf die Umwelt. Viele Arbeitsplätze sind mit einer Gefährdung für die Mitarbeiter verbunden, der durch geeignete Maßnahmen zu begegnen ist. Für die EBL bedeutet dies, dass 1.509 einzelne Rechtsnormen (Stand September 2016) einschlägig und zu beachten sind. Zur Erfassung und Kontrolle der Pflichten wurde ein Rechtskataster eingeführt.

3.2. Einzelheiten zu den geplanten neuen Stellen im Stellenplan

Die im Stellenplan 2017 eingeplanten neuen Stellen verteilen sich auf die einzelnen Betriebszweige bzw. Abteilungen wie folgt. Die jeweils angegebenen Bewertungen sind vorläufig und bedürfen noch einer Bestätigung. In einem späteren Besetzungsverfahren wird grundsätzlich zunächst geprüft, ob eine interne Besetzung möglich ist.

Nach dem geltenden Abwasserbeseitigungskonzept für die Hansestadt Lübeck sind noch umfangreiche Maßnahmen zum Gewässerschutz und zur Sanierung des Kanalnetzes umzusetzen. Hier müssen auch Rückstände aufgearbeitet werden, um die Beeinträchtigung des Schutzgutes Gewässer zu vermeiden. Siehe dazu die Ausführungen in der Vorbemerkung. Das im Bereich Abwasser erforderliche Investitionsvolumen ist mit dem Wirtschaftsplan 2017 erneut angestiegen. Bereits in den Vorjahren konnte das Volumen mit den vorhandenen Ressourcen nicht abgearbeitet werden. Aus diesem Grunde wird in der Abteilung Planung/Neubau eine Stelle für einen **Bauleiter/Entwurfsingenieur (E11)** geschaffen.

In der Abteilung Planung/Neubau ist die Stelle eines **Hochbauingenieurs (E11/E12)** vorgesehen, die sich um die systematische Instandhaltung der technischen Funktionsgebäude der EBL kümmern soll. Die EBL verfügen im Stadtgebiet über etwa 100 technische Betriebseinrichtungen bzw. Gebäude, die spezifisch an ihre Nutzung angepasst sind. Der Bedarf für eine solche Funktion wurde bereits in den Vorjahren erkannt und angemeldet. Der zunehmend schlechte Zustand einzelner technischer Anlagen und Gebäude führt zu einem hohen Risiko von Funktionsausfällen und macht eine Besetzung inzwischen dringlich. In vielen Bereichen wird nur noch mit Provisorien gearbeitet, was langfristig negative wirtschaftliche Auswirkungen hat. Durch Schaffung dieser technisch/wirtschaftlichen Stelle werden darüber hinaus die Grundlagen geschaffen, die Aufgaben der technischen Gebäudetechnik für die EBL zukünftig zentral zu regeln, um den Aufgaben des technischen Gebäudemanagements (GM), des infrastrukturellen GM und des Flächenmanagements besser und umfassender gerecht zu werden. Einspareffekte werden sich durch eine effektivere Ausschreibung und Kontrolle der externen Dienstleister sowie eine reduzierte Fremdvergabe von Aufträgen bemerkbar machen, die dann wieder verstärkt durch die vorhandenen Mitarbeiter übernommen werden. Durch die zentrale fachliche Steuerung der gebäudetechnischen Leistungen bei den EBL werden Synergieeffekte erwartet.

In der Abteilung Betriebswirtschaft ist **eine Stelle (E9/E10)** vorgesehen. Aufgrund fehlender ausreichender qualifizierter Ressourcen wurde die Gebührenkalkulation der EBL in der Vergangenheit an Dritte vergeben. Durch diese Unterstützung konnte zwischenzeitlich eine systematische Neustrukturierung der Kalkulation auf einem hohen Qualitätsniveau erreicht werden. Trotzdem soll zukünftig die Gebührenkalkulation zumindest in Teilen durch eigenes Personal wieder enger an die EBL gebunden werden. Bei der Kalkulation handelt es sich um ein zentrales betriebswirtschaftliches Steuerungsinstrument der EBL. Durch die Kalkulation im Haus würde eine Schnittstelle zum Dienstleister entfallen und die

Steuerung direkter. Auch aus diesem Grunde soll mehr eigens Know-how im eigenen Haus aufgebaut werden.

Eine weitere Stelle ist im **Controlling (E10)** eingeplant, um das klassische Unternehmenscontrolling aufzubauen und durchzuführen. Bei der Begründung dieser zusätzlichen Stelle wird auf den Hinweis der Abschlussprüferin von der BDO verwiesen, die im Rahmen der Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2014 den quantitativen und qualitativen Aufbau des Controllings dringend angemahnt hat. Diese Stelle wird zunächst vorbehaltlich einer noch ausstehenden Bewertung mit der Entgeltstufe 10 eingeworben.

Es wird davon ausgegangen, dass beide Stellen erst im 2. Halbjahr besetzt werden können und damit die Belastung bei den Personalkosten auch nur für eine Vollzeitstelle in 2017 anfallen wird. Daneben besteht im Rahmen der Nachbesetzung bei normaler Fluktuation weiteres Einsparpotential durch den Zeitpunkt der Nachbesetzung.

Die systematische Analyse des Personalkörpers der EBL hat einen großen zukünftigen Bedarf an qualifizierten Ingenieuren für das Unternehmen aufgezeigt. Gleichzeitig ist der Wettbewerbsdruck auf dem Arbeitsmarkt für gute Ingenieure heute und auf mittlere Sicht sehr hoch. Aus demographischen Gründen werden die EBL in überschaubarer Zukunft viele gut ausgebildete und erfahrene Ingenieure in einem engen Zeitrahmen verlieren. Dies wird unweigerlich zu einem massiven Abfluss von Erfahrung führen. Wir wollen ab 2017 versuchen die absehbaren Folgen dadurch zu mildern, dass wir mit Nachwuchsingenieuren als Trainees arbeiten werden. Dazu soll eine Stelle für einen **Nachwuchsingenieur (E10/E11)** geschaffen werden. Es ist beabsichtigt, den Ingenieur in den nächsten Jahren in verschiedenen Unternehmensbereichen einzusetzen, um einen erfahrenen Nachrücker zu entwickeln.

MBA und Deponie konnten erfolgreich Drittmengen akquirieren. Im Wirtschaftsplan 2017 wurde eine Anliefermenge von Dritten von 33.000 t eingeplant. Das entspricht in etwa einem Drittel der gesamten heutigen Verarbeitungsmenge der MBA. Die Stelle ist Gegenstand des durch die Bürgerschaft gebilligten strategischen Konzepts für die Abfallwirtschaft. Bei der neu zu schaffenden Stellen handelt es sich darüber hinaus um eine rentierliche Stelle, die durch Erlöse aus vertraglich gebundenen Verarbeitungsmengen von Dritten finanziert wird. Beantragt wird die Besetzung einer Stelle **(E5) LKW Fahrer** für das Biomassewerk.

Anlage 1 zum Wirtschaftsplan

LÜBECK ■ Entsorgungsbetriebe

Erfolgsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Wirtschaftsjahr 2017

	vorläufiges Ist		Planansatz		Planansatz	
	2015		2016		2017	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1. Umsatzerlöse	97.158.193		96.033.600		92.466.750	
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.943.467		5.268.100		2.735.430	
		100.101.660		101.301.700		95.202.180
3. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.184.710		9.763.885		9.709.010	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.798.113	16.982.823	8.544.795	18.308.680	9.177.466	18.886.476
4. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	22.968.517		24.696.637		25.334.252	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.533.175	29.501.692	6.780.608	31.477.245	6.637.470	31.971.722
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		18.625.799		19.555.986		18.443.423
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.599.018		7.806.944		8.329.197	
7. Zuführung Gebührenaufgleichsrückstellung	0	10.599.018	0	7.806.944	0	8.329.197
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.237.426		0		0	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.560.000	5.322.574	8.100.000	8.100.000	7.100.000	7.100.000
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		19.069.754		16.052.845		10.471.362
11. Außerordentliches Ergebnis		-2.926.372		0		0
12. Sonstige Steuern		126.055		68.046		111.750
13. Jahresverlust / -gewinn		16.017.327		15.984.799		10.359.612

LÜBECK Entsorgungsbetriebe

Anlage 2 zum Wirtschaftsplan

Erfolgsübersicht der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Wirtschaftsjahr 2017

Aufwendungen		nach Betriebszweigen		Betrag insgesamt	Zentralbereich	Abwasser- beseitigung	Abfallwirtschaft	Straßen- reinigung/ Winterdienst	Bedürfnis- anstalten	Werkstatt	
nach Aufwandsarten		1									
		EUR	2	EUR	3	EUR	4	EUR	5	EUR	7
1.	Materialaufwand		18.886.476	739.920	6.399.351	6.550.822	1.910.993	252.790	3.032.600		0
	a) Bezug von Fremden										
	b) Bezug von Betriebszweigen		6.068.610	150.800	669.550	3.574.900	1.641.160	32.200	1.623.710		0
2.	Löhne und Gehälter		25.334.252	3.796.664	9.466.498	7.793.436	2.653.944	0	437.077		0
3.	Soziale Abgaben		6.637.470	867.058	2.501.218	2.110.792	721.325	0			0
4.	Zuführung für Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen		0	0	0	0	0	0			0
5.	Abschreibungen		18.443.423	1.025.981	13.264.817	3.450.830	550.298	59.739	91.758		0
6.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		7.100.000	479.045	5.364.943	1.126.749	95.432	23.980	9.851		0
7.	Steuern		111.750	32.630	20.200	34.400	22.220	0	2.300		0
8.	Überleitung zum KAG Ergebnis		0	0	0	0	0	0			0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		8.329.197	2.619.664	3.173.150	1.543.150	787.353	42.700	163.180		0
10.	Summe 1 - 9		90.911.178	9.711.762	40.859.727	26.185.079	8.382.725	411.409	5.360.476		0
11.	Umlage der Spalte 3	Zurechnung (+) Abgabe (-)	9.633.062 -9.633.062	0 -9.633.062	3.723.178 0	3.775.197 0	1.306.243 0	20.230 0	808.214 0		0
12.	Aufwendungen 1 - 11		90.911.178	78.700	44.582.905	29.960.276	9.688.968	431.639	6.168.690		0
13.	Betriebserträge	a) nach der GuV-Rechnung b) aus Lieferungen an andere Betriebszweige c) Auflösung Gebührenaussgleichsrückstellung	95.202.180 6.068.610 0	61.100 17.600 0	51.426.000 638.400 0	31.013.950 388.700 0	10.637.000 326.200 0	445.630 0 0	1.618.500 4.697.710 0		0
14.	Betriebserträge insgesamt		101.270.790	78.700	52.064.400	31.402.650	10.963.200	445.630	6.316.210		0
15.	Betriebsergebnis		10.359.612	0	7.481.495	1.442.374	1.274.232	13.991	147.520		0
16.	Finanz-/Beteiligungserträge		0	0	0	0	0	0	0		0
17.	Außerordentliches Ergebnis		0	0	0	0	0	0	0		0
18.	Unternehmensergebnis		10.359.612	0	7.481.495	1.442.374	1.274.232	13.991	147.520		0

LÜBECK ■ Entsorgungsbetriebe

Anlage 3 zum Wirtschaftsplan

Vermögensplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Wirtschaftsjahr 2017

	vorläufiges Ist 2015 Euro	Planansatz			Verpflichtungs- ermächtigung Euro
		2016 Euro		2017 Euro	
		3		4	
1	2				5
Einnahmen					
1. Zuweisungen der Hansestadt zum Stammkapital oder zu den Rücklagen	0	0	0	0	
2. Zuführung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0	0	
3. Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzügl. Entnahmen	0	0	0	0	
4. Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	
5. Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen	0	0	0	0	
6. Zuschüsse Nutzungsberechtigter, Ertragszuschüsse	1.167.384	500.000	500.000	500.000	
sonstige Bauzuschüsse	0	0	0	0	
7. Abschreibungen	18.625.799	19.555.986	18.443.423	18.443.423	
8. Veräußerung von beweglichem Vermögen	77.165	0	0	0	
9. Kredite (ohne Tilgung für Zwecke der Umschuldung)	6.735.461	8.982.215	21.224.965	21.224.965	
10. Jahresgewinn	16.331.507	15.984.799	10.359.612	10.359.612	
11. Verminderung des Nettogeldvermögens	0				
	42.937.316	45.023.000	50.528.000	50.528.000	0
Ausgaben					
12. Rückzahlung von Eigenkapital	0	0	0	0	
13. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	1.635.000	1.635.000	1.635.000	1.635.000	
14. Gewährung von Darlehen	0	0	0	0	
15. Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	
16. Ausgaben für Sachanlagen	18.805.701	29.888.000	35.393.000	35.393.000	9.900.000
17. Ausgaben für Finanzanlagen	0	0	0	0	
18. Tilgung von Krediten	22.496.615	13.500.000	13.500.000	13.500.000	
19. Jahresverlust	0	0	0	0	
20. Erhöhung des Nettogeldvermögens	0	0	0	0	
	42.937.316	45.023.000	50.528.000	50.528.000	9.900.000
Über- (+) / Unterdeckung (-)					

Anlage 4 zum Wirtschaftsplan

Finanzplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für die Wirtschaftsjahre 2017 bis 2021

Einnahmen und Ausgaben (§ 16 Nr. 1 EigVO)

	Plan 2017	2018	2019	2020	2021
	Euro 4	Euro 5	Euro 6	Euro 7	Euro 7
Einnahmen					
1. Zuweisungen der Hansestadt zum Stammkapital oder zu den Rücklagen	0	0	0	0	0
2. Zuführung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	0	0	0	0	0
3. Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzügl. Entnahmen	0	0	0	0	0
4. Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	0
5. Veräußerung von Beteiligungen sowie Rückflüsse von Kapitalanlagen	0	0	0	0	0
6. Zuschüsse Nutzungsberechtigter, Ertragszuschüsse sonstige Bauzuschüsse	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
7. Abschreibungen	18.443.423	19.000.000	19.500.000	20.000.000	20.500.000
8. Veräußerung von beweglichem Vermögen	21.224.965	15.022.000	12.995.000	8.270.000	7.635.000
9. Kredite (ohne Tilgung für Zwecke der Umschuldung)	10.359.612	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000
10. Jahresgewinn	0	0	0	0	0
11. Verminderung des Nettogeldvermögens	50.528.000	44.522.000	42.995.000	38.770.000	38.635.000
Ausgaben					
12. Rückzahlung von Eigenkapital	0	0	0	0	0
13. Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	1.635.000	1.635.000	1.635.000	1.635.000	1.635.000
14. Gewährung von Darlehen	0	0	0	0	0
15. Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände	35.393.000	29.387.000	27.860.000	23.635.000	23.500.000
16. Ausgaben für Sachanlagen	0	0	0	0	0
17. Ausgaben für Finanzanlagen	13.500.000	13.500.000	13.500.000	13.500.000	13.500.000
18. Tilgung von Krediten	0	0	0	0	0
19. Jahresverlust	0	0	0	0	0
20. Erhöhung des Nettogeldvermögens	50.528.000	44.522.000	42.995.000	38.770.000	38.635.000

Anlage 5 zum Wirtschaftsplan

LÜBECK ■ Entsorgungsbetriebe

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Entsorgungsbetriebe Lübeck, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Hansestadt Lübeck auswirken (§16 Abs. 2 EigVO).

	Plan 2017	2018	2019	2020	2021
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1	2	3	4	5	6
Einnahmen					
1 Baukostenzuschuss Bedürfnisanstalten	100.000	0	0	0	0
2 Verwaltungskostenpauschale von städtischen und anderen Bereichen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
3 Öffentliche Interessenquote Straßenreinigung	1.321.000	1.321.000	1.321.000	1.321.000	1.321.000
4 Straßenreinigung: Nicht veranlagte städtische Grundstücke / sonstige Leistungen	1.231.000	1.231.000	1.231.000	1.231.000	1.231.000
5 Winterdienst außerhalb der Gebührensatzung *	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
6 Straßenbaulastträgerpauschale *	7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000
7 Verlustausgleich Bedürfnisanstalten	389.830	389.830	389.830	389.830	389.830
8 Sinkkästenreinigung	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000
	11.281.830	11.181.830	11.181.830	11.181.830	11.181.830
Ausgaben					
9 Verwaltungskostenpauschalen an andere Bereiche	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000

* Werte ab 2018 geschätzt

Zusatz Info zu Position 3: Hierbei handelt es sich um 15% I-Quote

Zusatz Info zu Position 4: Hierbei handelt es sich um Sommerdienst HL außerhalb Satzung + Wilder Müll + nicht veranlagte städtische Grundstücke

Die Punkte 3+4 wurden in der Vergangenheit in Summe als öffentl. Interesse angesehen.

Investitionsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Wirtschaftsjahr 2017

Investitionen 2015 - 2019 in TEUR						
	W-Plan TEUR	TEUR	Verpflichtungs- ermächtigung	TEUR	TEUR	TEUR
	2016	2017	2017 ff	2018	2019	2020
Allgemeine Verwaltung						
1 Baumaßnahmen	2.491	3.100	0	0	0	0
2 EDV-Ausstattung	38	280	0	250	250	250
3 Fahrzeuge	0	0	0	26	0	0
Summe	2.529	3.380	0	276	250	250
Abwasserbeseitigung						
1 Baumaßnahmen Kanalnetz	12.519	13.050	7.800	11.150	13.750	12.450
2 Kläranlagen	1.758	2.570	0	4.400	3.700	2.800
3 Kanalnetz	1.520	2.700	0	4.200	4.200	4.200
4 Fahrzeuge Entwässerung	815	777	0	335	743	573
5 Sonstiges	228	700	200	700	700	700
Summe	16.840	19.797	8.000	20.785	23.093	20.723
Abfallwirtschaft Logistik						
1 Fahrzeuge	1.216	1.235	0	1.095	1.355	1.045
2 Container/Behälter	452	522	0	428	423	445
3 Wertstoffhöfe	2.839	2.762	1.900	262	2	0
4 Sonstiges	0	100		10	10	10
Summe	4.507	4.619	1.900	1.795	1.790	1.500
Abfallwirtschaft Technik						
1 Energiewirtschaftliche Maßnahmen	855	570	0	1.014	0	0
2 MBA	1.834	2.460	0	3.065	1.250	500
3 Deponiebetrieb	95	0	0	0	0	0
4 Abfallwirtschaftszentrum Allgemein	1.060	980	0	0	0	0
5 Biomassewerk	0	1.290	0	800	200	0
6 Geräte, Fahrzeuge	627	250	0	50	0	0
Summe	4.471	5.550	0	4.929	1.450	500
Straßenreinigung/Winterdienst						
1 Fahrzeuge, Geräte	1.187	1.412	0	1.477	1.272	645
2 Neubau Salzlager Travemünde	0	250	0	0	0	0
3 Gebäude	15	160	0	115	0	12
4 EDV Ausstattung	49	30	0	10	5	5
Summe	1.251	1.852	0	1.602	1.277	662
Bedürfnisanstalten						
1 Öffentliche Toiletten / Sanierung	80	100	0	0	0	0
Summe	80	100	0	0	0	0
Werkstatt						
1 Ausstattung	210	60	0	0	0	0
2 Gebäude	0	35	0	0	0	0
Summe	210	95	0	0	0	0
Zusammenstellung Entsorgungsbetriebe						
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Summe	29.888	35.393	9.900	29.387	27.860	23.635
Deponie	W-Plan TEUR	TEUR	Verpflichtungs- ermächtigung	TEUR	TEUR	TEUR
	2016	2017	2017 ff	2018	2019	2020
Nachrichtliche Erwähnung im Investitionsplan:						
1 Oberflächenabdichtung	2.000	821	0	0	0	0
2 Sickerwasserreinigung	0	135	0	500	0	0
3 Erneuerung Gasringleitung	0	178	0	0	0	0
4 Sanierung Deponie	1.470	1.571	0	2.255	2.055	2.055
5 Neubau Regenrückhaltebecken	650	0	0	217	0	0
Summe	4.120	2.705	0	2.972	2.055	2.055

Anlage 7 zum Wirtschaftsplan
LÜBECK – Entsorgungsbetriebe
Stellenübersicht 2017

Zusammenstellung	Art	Anzahl Planstellen Vorjahr	Anzahl IST-Stellen	Anzahl Planstellen lfd. Jahr
	BBO			
Beamte	A16	0	0	0
	A15	1	0	1
	A14	1	0	1
	A13	1	0	0
	A12	2	1	2
	A11	2	2	3
	A10	2	1	2
	A9	1	1	1
	A8	5	5	5
	A7	2	2	2
	A6	0	0	0
	Summe	17	12	17
	TVÖD			
Beschäftigte	E 15	1	2	1
	E 14	1	2	1
	E 13	1	1	1
	E 12	17	17	16
	E 11	21	20	24
	E 10	8	9	11
	E 9	40	42	38
	E 8	35	28	39
	E 7	29	27	29
	E 6	103	104	105
	E 5	102	104	98
	E 4	43	44	46
	E 3	110	107	110
	E 2	12	16	40
	E 2A/Ü	31	25	1
	AT	4	4	4
	Summe	558	552	564
Insgesamt		575	564	581

Stellenübersicht 2017

Zus.- stellung	Entgelt- gruppe	Zentralbereich			Abwasserbeseitigung			Abfallwirtschaft			Stadtreinigung			Werkstatt			Insgesamt		
		2016	2017	+/-	2016	2017	+/-	2016	2017	+/-	2016	2017	+/-	2016	2017	+/-	2016	2017	+/-
Beamte	A16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	A15	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	A14	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	A13	1	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	-1
	A12	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0
	A11	1	2	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	3	1
	A10	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0
	A9	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	A8	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	5	0
	A7	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0
	A6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Beamte		16	16	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	17	17	0

Beschäftigte	E 15	1	0	-1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	E 14	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	E 13	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
	E 12	13	12	-1	3	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	17	16	-1
	E 11	13	16	3	6	6	0	1	1	0	1	1	0	0	0	0	21	24	3
	E 10	6	9	3	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	8	11	3
	E 9	19	17	-2	15	15	0	4	4	0	0	0	0	2	2	0	40	38	-2
	E 8	18	21	3	8	9	1	1	2	1	1	1	0	7	6	-1	35	39	4
	E 7	0	0	0	17	17	0	5	5	0	0	0	0	7	7	0	29	29	0
	E 6	19	19	0	46	47	1	21	22	1	3	3	0	14	14	0	103	105	2
	E 5	5	2	-3	24	24	0	57	57	0	13	13	0	3	2	-1	102	98	-4
	E 4	0	0	0	22	23	1	10	10	0	11	11	0	0	2	2	43	46	3
	E 3	10	12	2	16	14	-2	82	82	0	2	2	0	0	0	0	110	110	0
	E 2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	12	39	27	0	0	0	12	40	28
	E 2A	4	1	-3	0	0	0	0	0	0	27	0	-27	0	0	0	31	1	-30
	AT	1	1	0	1	1	0	1	1	0	0	0	0	1	1	0	4	4	0
Summe Beschäft.		110	112	2	158	159	1	186	189	3	70	70	0	34	34	0	558	564	6

Insgesamt	126	128	2	159	160	1	186	189	3	70	70	0	34	34	0	575	581	6
-----------	-----	-----	---	-----	-----	---	-----	-----	---	----	----	---	----	----	---	-----	-----	---

Aufbau des Wirtschaftsplans

Der Aufbau des Wirtschaftsplans ist in der EigVO sowie den Ausführungsbestimmungen zur EigVO wie nachstehend aufgeführt geregelt:

- Vorbericht zum Wirtschaftsplan (§ 12 Abs. 2 Ziff. 1 EigVO)

In dem Vorbericht zum Wirtschaftsplan sind insbesondere darzustellen:

- a. Stand und voraussichtliche Entwicklung der Erfolgslage unter besonderer Berücksichtigung der Umsatzerlöse und evtl. steuerrechtlicher Abschreibungen nach § 254 HGB,
- b. Stand und voraussichtliche Entwicklung der Eigenkapitalausstattung und der Liquidität,
- c. geplante Investitionen und deren finanzielle Auswirkungen auf die Folgejahre und
- d. die vorgesehene Behandlung des erwarteten Jahresergebnisses

- Erfolgsplan/Erfolgsübersicht (§§ 13, 21 Abs. 3 EigVO)

Für die Gliederung des Erfolgsplans ist das Schema der Gewinn- und Verlustrechnung anzuwenden (Formblatt 4 zur EigVO), wobei eine weitergehende Gliederung durchaus zweckmäßig sein kann.

Die Erfolgsübersicht, die die gesonderte Betrachtung einzelner Betriebszweige ermöglicht, ist gemäß Formblatt 5 zur EigVO zu gliedern

- Vermögensplan (§ 14 EigVO)

Der Vermögensplan ist nach Anlage Muster 3 der Ausführungsbestimmungen zur EigVO aufzustellen.

- Stellenübersicht (§ 15 EigVO)

Die Stellenübersicht muss die im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter enthalten.

- Finanzplan (§ 16 EigVO)

Der Finanzplan ist nach Anlage Muster 4 der Ausführungsbestimmungen zur EigVO zu erstellen.

BERICHT

Frauenförderplan

Inhalt

I. Allgemeines

II. Überblick in Zahlen

Frauen und Männer bei den Entsorgungsbetrieben Lübeck

III. Unterrepräsentanzen und Zielvorgaben 2017

IV. Umsetzung der geplanten Maßnahmen

V. Fazit

I. Allgemeines

Gemäß Gleichstellungsgesetz vom 13.12.1994 ist alle vier Jahre ein Frauenförderplan zu erstellen. Alle zwei Jahre soll ein Bericht erfolgen. Aufgrund der Umstellung auf das Personalmanagementsystem KoPers wurde die Erstellung um ein Jahr verschoben.

Gemäß Rahmenplan zur Frauenförderung erfolgt der Bericht mit Stichtag 31.12.2015.

Dieser Bericht beinhaltet ein Zahlenwerk bezüglich der Frauenanteile. Dabei handelt es sich u.a. um Prozentangaben, die vom Gleichstellungsgesetz vorgesehen sind. Werden nur die Prozentangaben betrachtet und mit früheren Zahlen verglichen, lässt sich daraus wenig über den Erfolg der Frauenförderung aussagen.

Beispiel:

Wenn in einem Bereich der Frauenanteil von 0 Prozent auf 10 Prozent gestiegen ist, kann das verschiedene Ursachen haben:

- Männer sind altersbedingt ausgeschieden und die Stellen nicht wieder besetzt worden. Dadurch kann automatisch der Frauenanteil steigen, ohne dass eine einzige Frau dazu gekommen ist.
- Frauen sind höhergruppiert worden. Es handelt sich um Veränderungen, die in Tarif-verträgen festgeschrieben werden und keinen Bezug zur Frauenförderung besitzen.
- Es wurden gezielt Frauen aufgefordert, sich auf ausgeschriebene Stellen zu bewerben. Unter der dadurch erreichten Anzahl der Bewerberinnen fanden sich auch Frauen, die für die Stellen geeignet waren. Sie konnten sich gegen männliche Bewerber durchsetzen.

Nur im letzten Beispiel ist Frauenförderung betrieben worden.

II. Überblick in Zahlen

Beschäftigte	Frauen	%	Männer	%	Gesamt
Beschäftigtenanzahl	68	12	500	88	568
Führungskräfte*	0	0	1	100	1
Stellvertretende Führungskräfte	0	0	2	100	2
Beschäftigte in gewerbl.-techn. Berufsgruppen	30	5,8	482	94,2	512
Teilzeitbeschäftigte	14	87,5	2	12,5	16
Beurlaubte in Elternzeit und Sonderurlaub	4	33,3	8	66,7	12

* Führungskräfte, die direkt unter den Fachbereichsleitungen stehen und deren StellvertreterInnen

Hinweis

Eine Unterscheidung in Personen und Personal/Stundenkapazitäten bei den Beschäftigtenzahlen wurde nicht vorgenommen, da bei 568 Beschäftigten nur 17 in Teilzeit arbeiten.

Beschäftigte 39 Std./WAZ

5 Stellen	=	19,50 Std.	= 0,50% Stundenkapazität
7 Stellen	=	30,00 Std.	= 0,77% Stundenkapazität
2 Stellen	=	33,00 Std.	= 0,85% Stundenkapazität
1 Stelle	=	36,00 Std.	= 0,92% Stundenkapazität
1 Stelle	=	36,50 Std.	= 0,94% Stundenkapazität

Beamte 41 Std. WAZ

1 Stelle	=	38,50 Std.	= 0,94% Stundenkapazität
----------	---	------------	--------------------------

16 der Stellen liegen im Bereich der Unterrepräsentanzen.
fünf der Planstellen haben Männer inne.

III) Unterrepräsentanzen von Frauen und Zielvorgaben

		2015		Ziel 2017	
Besoldungsgruppe BBes		Anzahl Beschäftigte	Frauenanteil in Prozent	Frauenanteil in Prozent	Anzahl einzust. Frauen
BBO A 12		1	0,00	50,00	0,5
BBO A 11		2	0,00	50,00	1
BBO A 10		1	100,00	Ziel erreicht	0
BBO A 9 m.D.		1	100,00	Ziel erreicht	0
BBO A 8		5	60,00	Ziel erreicht	0
BBO A 7		2	100,00	Ziel erreicht	0
Entgeltgruppe TVöD					
AT		2	0,00	50,00	1
15Ü		1	0,00	50,00	0,5
15		2	50,00	Ziel erreicht	0
14		2	50,00	Ziel erreicht	0
13		1	0,00	50,00	0,5
12		17	23,50	28,50	7,5
11		21	19,10	23,50	1
10		7	57,10	Ziel erreicht	0
9S		13	15,40	20,40	1
9		21	0,50	15,40	2,5
8		29	30,40	50,00	4,5
7		27	0,00	30,40	8,5
6		109	25,70	30,70	5,5
5		107	8,40	13,40	5,5
4		48	0,60	1,70	1
3		117	1,70	6,70	6
2Ü		25	0,00	5,80	1,5
2		17	5,80	50,00	7,5
1		1	100,00	Ziel erreicht	0

Erläuterungen zu den Entwicklungen

Aufgrund der personalwirtschaftlichen Vorgaben der Hansestadt Lübeck und der weiterhin nicht ausreichenden Anzahl weiblicher Interessentinnen/ Bewerberinnen für gewerblich–technische Berufe ist es nicht möglich gewesen, wesentliche Verbesserungen des Frauenanteils in den unterrepräsentierten Entgeltgruppen der gewerblich-technischen Bereiche zu erarbeiten.

IV. Umsetzung der geplanten Maßnahmen

Handlungsfelder und Maßnahmen bis 2017

Besondere Aktivitäten im Handlungsfeld I – Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Teilzeitarbeit

Ziel: Erhöhung der Anzahl der Teilzeitstellen

Maßnahme: Überprüfung aller Stellen in Hinblick auf die Teilbarkeit

Ergebnisse: Stellenüberprüfungen fanden im Rahmen der Stellenbesetzungsverfahren statt.

Im Berichtszeitraum hat es 65 Stellenbesetzungsverfahren gegeben, alle Stellen sind auf Teilzeiteignung überprüft worden.

Tatsächlich wurden 2 Stellen als Teilzeitarbeitsplatz besetzt.

Telearbeit

Ziel: Durch aktive Hinweise auf attraktive Arbeitszeitmodelle sollen weibliche Führungskräfte gewonnen werden.

Maßnahme: Es ist geplant, dass die Führungsarbeitsplätze der EBL auf der eigenen Homepage beworben werden.

Ergebnisse: Die Entsorgungsbetriebe bewerben alle externen Stellenausschreibungen auf der eigenen Internetseite. Ein Hinweis auf attraktive Arbeitszeitmodelle erfolgt bislang jedoch erst im Rahmen von Vorstellungsgesprächen. Ein Erfolg zeigt sich jedoch nicht.

Besondere Aktivitäten im Handlungsfeld II– Berufsorientierung, Ausbildung und Nachwuchsförderung

Öffentlichkeitsarbeit

Ziel: Die Entsorgungsbetriebe legen ihren Fokus auf das Handlungsfeld Berufsorientierung, Ausbildung und Nachwuchsförderung, da sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass weibliche Interessenten bereits im Bereich Praktikumsanfrage für gewerblich-technische Berufe fehlen.

Maßnahme: Bewerbung der Ausbildungsberufe der Entsorgungsbetriebe auf der Homepage der EBL – mit direkter Ansprache von Mädchen

Ergebnis: Das alleinige Bewerben auf der Homepage zeigte keinen Erfolg, die Maßnahme wurde dahingehend angepasst, dass eine verstärkte Teilnahme an Ausbildungsmessen und ähnlichen Veranstaltungen vorgenommen wird.

Allein in 2014 und 2015 wurden auf 7 Ausbildungsmessen um Bewerberinnen und Bewerber geworben.

Maßnahme: In Kooperation mit 1 bis 2 Schulen jährlich 10 Schulpraktika für Schülerinnen anbieten und Betreuung durch 1-2 Personen bei den Entsorgungsbetrieben während der Praktika sicherstellen.

Ergebnis: Es wurden im Berichtszeitraum 82 Schüler-Praktikumsplätze vergeben, davon wurden 16 von Mädchen angenommen.

Maßnahme: In Kooperation mit einem Jugendzentrum ein Angebot von Ferienpraktika für 5 Mädchen in den Oster- und/oder Herbstferien oder im Rahmen von Ferienpass-Aktionen anbieten.

Ergebnis: Im Berichtszeitraum wurden 3 Ferienpassaktionen angeboten. Teilgenommen haben 28 Personen, davon waren 13 weiblich.

V. Fazit

Die im Rahmenplan festgeschriebenen und durch die Entsorgungsbetriebe Lübeck ergänzend genannten Maßnahmen wurden umgesetzt bzw. bei Nichterfolg abgewandelt. Sie zeigen leider nur geringe Erfolge.

Viele Zielvorgaben wurden nicht erreicht.

Ziel muss es somit weiterhin sein, die genannten Maßnahmen weiter konsequent zu betreiben und weitere neue Ideen zu entwickeln.